

In dieser Ausgabe lernen Sie Saleh Eid kennen. Sein Wunsch: Mehr für Integration tun - und nicht nur denen etwas abverlangen, die nach Deutschland von anderswoher gekommen sind. Da ist noch viel zu tun, auch für jeden von uns! Seite 2

Russlanddeutsche und Aussiedler bereichern unser Leben. Zehntausende leben in Marzahn-Hellersdorf. Was aus ergeizigen Plänen geworden ist und was Marzahn-Hellersdorfer Bürger kennenlernen können, lesen Sie auf den Seiten 3 und 4

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 20. - mit den Themen: Streik an der ASH / P wie Protektionismus / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps sowie der Bitte nach Meinungsäußerung Seite 7

Dagmar Pohle

Wenn die Stadt funktionieren soll ...

Als im April 2009 die Bezirke ihre geplante Zuweisungssumme zur Aufstellung ihrer Bezirkshaushalte für 2010/2011 erhielten, war ganz schnell klar, dass ihnen mindestens 142 Millionen Euro fehlen, um wenigstens das Haushalts- und Leistungsniveau von 2008 zu halten und den gestiegenen Finanzierungsaufwand zu decken, der sich aus zu erwartenden Personalkostensteigerungen wegen Auslaufens des gegenwärtigen Tarifvertrages zum Jahresende ergibt. Das hat auch der Rat der Bürgermeister vor wenigen Wochen mit einem Beschluss einstimmig festgestellt. (Dabei sind die Bezirke bereit, das Risiko zu tragen, das sich aus zu erwartenden Einnahmerückgängen aus Grundstücksverkäufen ergeben wird.)

Der Mehrbedarf von 142 Millionen Euro ist von den Bezirken im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und gegenüber der Senatsfinanzverwaltung mit detaillierten Zahlen belegt worden. (Die Senatsfinanzverwaltung konnte bislang keine Fehler feststellen.)

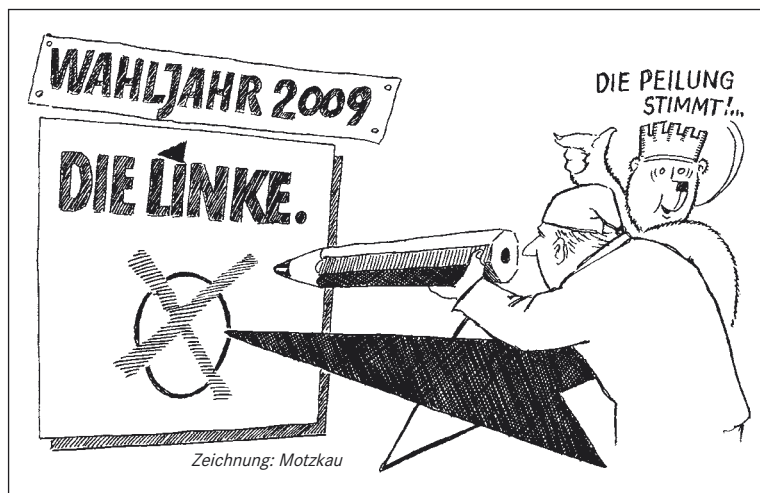
In den Bezirken ist trotzdem die Arbeit an den Bezirkshaushalten aufgenommen worden, allerdings hat die Mehrheit der Bezirke ihre ersten Beschlüsse so gefasst, dass klar ist, welche Deckungslücke sie selbst bei größter Sparsamkeit haben. Bei uns in Marzahn-Hellersdorf sind es nach zwei Haushaltsverhandlungsrunden im Bezirksamt mehr als 11 Mil-

lionen Euro, die wir auch in unserem Eckwertebeschluss ausweisen.

Natürlich gibt es Gespräche in den Parteien, zwischen den ParteienvertreterInnen auf Lan-

nahmeausfälle in Millionenhöhe, ruhig zu stellen und geht davon aus, dass zumindest die SPD-VertreterInnen aus den Bezirken dazu nicht Nein sagen werden.

Die Bezirksbürgermeisterinnen und BezirksstadträtInnen der LINKEN weisen dieses Ansinnen zurück. Unsere Forderung, den Bezirken mindestens 142 Mio. Euro mehr zu geben, ist kein sich jährlich wiederholendes Jammern, sondern diese Summe ist unabdingbar, wenn die Stadt weiter funktionieren soll. In der gemeinsamen Presseerklärung heißt es: „Sie ist kein Wunschprogramm, sondern Mindestbedarf, um gesetzliche Aufgaben zu erfüllen und soziale und kulturelle Angebote im kleinen Rahmen vorzuhalten.“



Zeichnung: Motzkau

des- und Bezirksebene, Gespräche und Verhandlungen mit der Senatsfinanzverwaltung, bisher ohne Ergebnis.

Eine regelmäßig tagende Runde der Bezirksbürgermeisterinnen und BezirksstadträtInnen der LINKEN zum Doppelhaushalt 2010/2011 musste in der letzten Maiwoche im Gespräch mit unseren Haushälterinnen im Abgeordnetenhaus zur Kenntnis nehmen, dass es in der SPD-Abgeordnetenhausfraktion offenbar Überlegungen gibt, die Bezirke mit der Hälfte der zwingend benötigten Summe abzuspeisen. Vielleicht ist das von der Annahme bestimmt, die Bezirke so im Super-Wahljahr, und mit Verweis auf die Finanzkrise und Ein-

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Saleh Eid /

Petra Pau: Renten-Unrecht verlängert

Seite 3:

Ehrgeizige Pläne der LINKEN / Geschichte

Seite 4:

Wählerinnen und Wähler 2009 direkt ansprechen / Ort der Vielfalt

Seite 5:

Kindergesundheit und Kinderschutz stärken! / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6:

Wasungen an der Werra / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Saleh Eid

Integration heißt aufeinander zugehen

Ich bin verabredet mit Saleh Eid und seiner Frau Fata in der Hellersdorfer Janusz-Korczak-Straße. Die nüchtern wirkenden Fassaden verraten nichts über die schöne Wohnanlage mit den ruhigen, grünen Höfen. Die sechsköpfige Familie fühlt sich wohl hier. Als sie nach zehn Jahren von Neuruppin weggingen, wollten sie ganz bewusst nach Marzahn-Hellersdorf ziehen. Der Bezirk hat einen guten Ruf.

Der 44-jährige Saleh ist Mitglied der LINKEN und öfter in der Geschäftsstelle anzutreffen. Dass er aktiv im Wahlkampf hilft, ist für ihn selbstverständlich. So mancher kennt Saleh als sympathischen, äußerst hilfsbereiten Genossen. Wo er auch ist, er muss immer etwas tun, sagt er. Er kennt es nicht anders aus seiner Kindheit. Saleh ist Palästinenser aus dem Gazastreifen. Krieg war sein ständiger Begleiter. In Deutschland wurde er Mitglied der PDS. Die Wurzeln für seine politische Entwicklung sind familiärer Natur, der Vater war Kommunist. Ähnlich ist es bei seiner aus Ex-Jugoslawien stammenden Frau Fata.

Beide erzählen mir von ihren Erfahrungen als Ausländer in Deutschland, davon, wie unterschiedlich Integration gestaltet wird, dass sie mit ihren vier Kindern nur deutsch sprechen.

Fata besucht zur Zeit einen Deutschkurs, um noch besser mit den Kindern sprechen zu können. Integration heißt nach ihren Er-



Saleh Eid

Foto: Y. Rami

fahrungen, dass Deutsche und Ausländer in kleinen Schritten aufeinander zugehen. Die Angst vor dem jeweils anderen begründet sich meist auf Unwissenheit, da sind wir uns

Petra Pau (MdB): Renten-Unrecht verlängert

„Diese Anträge sind einfach populistisch“, befand die Rednerin der CDU. Die Grünen erbosten sich, Gregor Gysi habe gerade „die Mauer in den Köpfen wieder hochgezogen“. Und der zuständige Staatssekretär meinte, die Vorlagen der LINKEN enthielten „viel Wiederholungen“.

Was stimmt. Denn es ging immer noch um Rentenansprüche von Bürgerinnen und Bürgern aus DDR-Zeiten, die mit dem Einigungsvertrag schlicht gekappt wurden: Für Beschäftigte der Reichsbahn, für Balletttänzerinnen, für Geschiedene, für Handwerker, für Frauen und so weiter.

Für jede betroffene Berufsgruppe hatte

Monika Grütters, die Direktkandidatin der CDU in Marzahn-Hellersdorf, stimmte übrigens mit Nein. Und sie tat kund: Das von der LINKEN beklagte Renten-Unrecht sei eine Spätfolge der DDR-Willkür und mitnichten dem neuen Deutschland anzulasten. Gleichwohl habe die CDU/CSU-Fraktion alle Anträge sorgsam geprüft. Leider habe das zuständige SPD-Ministerium geschlampt und keine tragfähige Lösung vorgeschlagen. Aber versprochen: Die Ost-Deutschen CDU-Abgeordneten blieben am Ball.

Das versprach auch der vorgeschickte Regierungsvertreter. Der zuständige Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz (SPD),

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

DIE LINKE einen separaten Antrag gestellt. Sie wurden auch im Jahr 20 der deutschen Einheit samt und sonders abgelehnt: durch die CDU/CSU, durch die SPD und durch Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP enthielt sich bei der Abstimmung weitgehend. Nur DIE LINKE stimmte durchweg dafür. Da namentlich abgestimmt wurde, lässt sich im Protokoll nachvollziehen, wie die Mitglieder des Bundestages tatsächlich votiert haben.

war offenbar unabkömmlich und mithin bei der Plenardebatte über die Rentenansprüche abwesend. Dafür durfte der Sprecher der SPD-Fraktion generell frohe Botschaft verbreiten: Ein möglicher Stichtag zur endgültigen Angleichung (der Rentenberechnung Ost an das West-Niveau), so Klaas Hübner, könnte das Auslaufen des Solidarpaktes sein. Konkret und zum Mitrechnen: Das wäre 2019, also möglicherweise in zehn Jahren. So schnell kann es gehen.

einig. In Neuruppin haben sich die ausländischen Bürger mit aktiver Unterstützung der Ausländerbeauftragten etwas aufgebaut. Es gab einen so genannten Ausländerkreis, der organisierte nicht nur gemeinsame Feiern von Ausländern und Deutschen, sondern sammelte auch Unterschriften gegen Abschiebungen. Nicht selten erfolgreich! Unterstützung kam von der PDS, Vereinen, wie „Mittendrin“ e.V., Kirchen, von der Ausländerbeauftragten. Von ihr kam auch die Initiative für multikulturelle Begegnungen. Noch heute verbindet die beiden eine Freundschaft zu einigen Mitgliedern des Neuruppiner Kreises. Entscheidend für Integrationsprojekte sei eher die Organisation als das Geld. Mit Hilfe von Sponsoren ist vieles möglich. Für ihre Treffen bekamen sie Räume zur Verfügung gestellt.

Nach zweieinhalb Jahren in Marzahn-Hellersdorf macht sich bei Saleh und seiner Frau eine gewisse Enttäuschung breit. Sie wünschen sich mehr Initiativen von der Migrantenbeauftragten des Bezirksamtes.

Ich verweise auf den Ausschuss für Integration und Migration, dessen Sitzungen wie die anderer Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung öffentlich sind. Eine Möglichkeit, seine Erwartungen zu formulieren, Fragen zu stellen, Ideen zu entwickeln.

Sabine Behrens

Rentenüberleitung Ost: Lebensleistung anerkennen!

Am 28. Mai 2009 stellte DIE LINKE im Bundestag ein Paket von 17 Anträgen zur Abstimmung. Sie wollte erreichen, dass Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen der Rentenüberleitung für jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland endlich aus der Welt kommen. Gregor Gysi hält der Bundesregierung in seiner Rede vor, sie setze „auf die biologische Lösung: Sie wissen, dass jedes Jahr Betroffene sterben und es immer weniger werden, die einen Anspruch haben. Das ist überhaupt nicht hinzunehmen. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Ein weiteres Argument mag ich auch nicht, nämlich das, dass kein Geld da ist. In einer Woche können Sie 480 Milliarden Euro für die Banken bereitstellen, aber diese lächerlichen Beträge haben Sie nicht.“

Wie die Abgeordneten aller Parteien aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen abgestimmt haben, dokumentiert die Bundestagsfraktion auf einem Flugblatt, das unter anderem im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin erhältlich ist oder im Internet unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdf-downloads/7715911455.pdf>

Ehrgeizige Pläne der LINKEN – was ist aus ihnen geworden?

Vor gut einem Jahr titelte eine Marzahn-Hellersdorfer Wochenzeitung „ÄRZTE LEBEN VON HARTZ IV – Pläne der LINKEN für berufliche Perspektiven der Spätaussiedler“.

Was war geschehen? Eine vom Bezirksamt beauftragte Studie hatte gezeigt, dass von den 25000 - 30000 in Marzahn-Hellersdorf lebenden russischsprachigen Migrantinnen und Migranten fast die Hälfte Hoch- oder Fachschulabschluss haben und die Mehrzahl dieser gut ausgebildeten Ärzt/innen, Ingenieur/innen, Naturwissenschaftler/innen, Lehrer/innen von Arbeitslosengeld 2 lebte. Und: Hochqualifizierte Fachkräfte arbeiteten weit unter ihrem Qualifikationsniveau als Putzfrau oder Hausmeister – und das in einer Zeit, da die Wirtschaft über Fachkräftemangel klagte.

Deutsch- und Computerkurse haben inzwischen fast alle hinter sich, in der Regel endeten diese Maßnahmen aber wieder in „Hartz IV“. Deshalb hatten wir im LINKEN WIRTSCHAFTSFORUM die Idee, einen neuen Weg zu gehen und den beruflichen Wiedereinstieg über eine praktische Tätigkeit in einem Unternehmen zu ermöglichen. Hier, im Berufsalltag sollen Sprachfertigkeiten erworben, Wissenslücken im Fach geschlossen und – wo es sinnvoll ist – die Anerkennung der Berufsabschlüsse vorbereitet werden.

Aus der Idee ist inzwischen in Zusammenarbeit von Bezirksamt, JobCenter, bbw Akademie für betriebswirtschaftliche Weiterbildung und anderen Initiatoren ein konkretes Projekt geworden. Mehrere Tage hat sich die Bürgermeisterin Dagmar Pohle Zeit genommen, um den Migrantinnen und Migranten zuzuhören

und sich über ihre Lebensumstände und beruflichen Pläne zu informieren.

Seit Dezember sind 13 Frauen und 4 Männer in Unternehmen, Privatschulen und Jugendeinrichtungen tätig. Beispiele sind die Diplombibliothekarin, die an einer privaten Berliner Hochschule am Aufbau der Bibliothek beteiligt ist, eine Lehrerin, die in einer privaten Hellersdorfer Grundschule ihre Übernahmchance erhält. Jugendstadträtin Dr. Manuela Schmidt vermittelte mehrere Teilnehmerinnen in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Dagmar Pohle stellte für Ärzt/innen und Krankenschwestern den Kontakt zu Vivantes her.

Die Auswahl der Betriebe erfolgt mit dem Ziel, den betriebspraktischen Einsatz nach einem halben, einem dreiviertel oder einem Jahr in ein Anstellungsverhältnis überzuleiten. Nun wird intensiv am „Klebeeffekt“ gearbeitet, damit möglichst viele den Sprung zurück ins Umfeld des studierten Berufes schaffen. Mit 17 Teilnehmenden ist das Projekt gestartet; nach drei Jahren soll die Zahl 100 überschritten sein. Drei von ihnen haben inzwischen Arbeit gefunden, drei sind neu eingestiegen. Die Botschaft für russischsprachige Migrantinnen und Migranten: Die Tür ist offen!

Erika Maier – Sprecherin des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS /Tel. 5411054

*Ansprechpartnerinnen: bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung, Allee der Kosmonauten 33B, 12681 Berlin
Frau Heike Zilm, Tel. 54000752
Frau Ines Klimaszewsky: Tel. 54000753*

Auszeichnung für Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf wurde am 25.5.2009 als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, die die Urkunde und das Schild entgegennahm, betont: „Diese Auszeichnung ist eine Würdigung all jener, die sich insbesondere dafür engagieren, dass Marzahn-Hellersdorf ein toleranter und bunter Bezirk ist und bleibt, in dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben.“

Die Bundesregierung zeichnete zum zweiten Mal Städte, Gemeinden und Kreise für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als „Orte der Vielfalt“ aus.

93 Städte, Gemeinden und Kreise wurden am 25. Mai im Rahmen einer feierlichen Auszeichnungsveranstaltung in Berlin für ihren großen Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland offiziell geehrt.

Aus der Bezirksgeschichte

Vor 32 Jahren: 30.6.1977

Die neu angelegte Straße am Springpfuhl wird fertiggestellt. Der Straßenabschnitt westlich der Bahnlinie erhielt 1975 den Namen Springpfuhlstraße. Im September 1978 wird der gesamte Straßenabschnitt von der Rhinstraße bis zur Leninallee in Allee der Kosmonauten umbenannt.

Vor 30 Jahren: 7.6.1979

In der Klubgaststätte „Biesdorfer Kreuz“ tagt erstmals die Stadtbezirksversammlung von Marzahn. Die Abgeordneten wählen Gerd Cyske (SED) zum Stadtbezirksbürgermeister, dessen Stellvertreter und die Stadtbezirksräte. Von den sechs Stellvertretern gehören drei der SED sowie jeweils einer der CDU, der LDPD und der NDPD an.

Vor 28 Jahren: 26.6.1981

Nach dreijähriger Bauzeit wird das Gebäude der „Zentralen Poliklinik der Bauarbeiter“ in der Allee der Kosmonauten übergeben.

Vor 24 Jahren: 3.6.1985

Am Brodowiner Ring in Marzahn-Ost öffnet die „Theodor-Fontane-Bibliothek“.

Vor 23 Jahren: 1. Juni 1986

Der Bezirk Berlin-Hellersdorf wird gegründet. Er besteht aus den Ortsteilen Hellersdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf und hat 52.000 Einwohner, seine Fläche beträgt 27,8 m², auf 8,2 m² entsteht das Neubaugebiet.

Vor 19 Jahren: 1.6.1990

Das Arbeitsamt III Berlin (Beitrittsgebiet) wird aus den jeweiligen Ämtern für Arbeit in Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen gebildet.

Vor 17 Jahren: 10. Juni 1992

Umbenennung der Erwin-Kramer-Straße in Carola-Neher-Straße, der Heinz-Hoffmann-Straße in Neue Grottkauer Straße.

Vor 15 Jahren: 12.6.1994

Bei den Wahlen zum Europaparlament erhalten in Marzahn die PDS 45,7%, die SPD 21,9%, die CDU 14,4%, Bündnis 90/Die Grünen 6,8%, die Republikaner 3,1% und die FDP 1,6% der Stimmen.

Vor 12 Jahren: 3. Juni 1997

Benennung eines Platzes in Kaulsdorf Nord (Hellersdorf) nach Clara Zetkin.

Vor 12 Jahren: 19.6.1997

Alle Fraktionen der BVV und das Bezirksamt Marzahn fordern Maßnahmen zum Erhalt der „Berlin Kosmetik GmbH“ in der Bitterfelder Straße.

Am 7. Juni wählen gehen!

Für ein Europa mit Herz durch Ihr Kreuz für LINKS!

Wählerinnen und Wähler 2009 direkt ansprechen!

Die Frage stellt sich, ob wir aus dem Wahlkampf einen Klassenkampf machen sollten oder nicht. Dabei kommt es hauptsächlich auf die Definition des Wortes an. Wie sehen denn die Klassen heutzutage aus und wie setzen sie sich demographisch zusammen? Die Gesellschaft ist heute so differenziert und vielschichtig, dass man sie höchstens noch in die Klassen der materiell Besitzenden oder der wenig Besitzenden einteilen könnte. Es sollte explizit darauf hingewiesen werden, dass in den letzten 12 Jahren von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien fast ausschließlich Politik für im Höchstfall 10% der Bevölkerung gemacht wurde. Dabei sollte man offensiv, gerade in dieser massiven Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Wähler zugehen und ihn auch fragen, sollte er uns nicht wählen wollen, warum er permanent gegen seine Interessen handelt? Er könne doch nicht im Ernst glauben, dass diese Parteien, welche durch ihre Gesetzgebung der vergangenen Jahre diese Krise erst ermöglicht haben, diese im Interesse der Mehrheit der Menschen lösen würden. Wer

schreibt die neuen Gesetze zur Regulierung der Finanzmärkte? Genau die Leute, welche den neoliberalen Betrug und die Wertevernichtung durch ihre Ideologie erst möglich gemacht haben. Ja, wir sollten zornig, klar und emotional mit den Leuten reden und nicht weichspülen. Lügner sollte man Lügner nennen wie Steinmeier, Jung und Co. im Bezug auf ihre Afghanistan-Politik, welche von diesen Leuten gegen die Mehrheit des Volkes als alternativlos dargestellt wird. Man muss klar aussprechen, dass sie für den sinnlosen Tod deutscher Soldaten und auch etlicher Afghanen verantwortlich sind. Die scheinheilige Begründung, Deutschland, vor Terrorismus schützen zu wollen, ist geradezu dumm dreist, ja sie werden das, was sie vorgeben, verhindern zu wollen, durch ihre Politik erst auslösen. Niemals in 60 Jahren Bundesrepublik hat auch nur ein Afghane versucht, einen Terroranschlag in Deutschland zu verüben. Ohne die Bundeswehr in Afghanistan wäre dies garantiert auch die nächsten 60 Jahre der Fall, aber so bin ich mir nicht sicher. Man sollte sie direkt fragen, ob sie bereit wären, ihre eigenen

Söhne oder auch Töchter für diese hirnrissige Politik zu opfern? Was geschähe eigentlich, entstünde das nächste Terrorcamp in Indonesien? Besetzen wir dann auch dieses riesige islamische Land mit Nato-Truppen? Wo soll diese Politik hinführen? Dies sollte man auch die Wähler fragen, welche mit dem Gedanken spielen, die anderen Vier oder Schlimmeres zu wählen. Die nächste Legislaturperiode wird eine entscheidende und äußerst wichtige für die Zukunft Deutschlands werden, da in spätestens zwei Jahren die Folgen der Krise in der Bevölkerung verteilt werden. Wie sie verteilt werden, hängt nicht zuletzt von der Europa- und Bundestagswahl ab. Darum sollte man in diesen Zeiten auch polarisieren und mit harten Bandagen kämpfen. Der politische Gegner wird uns auch nicht schonen und mehr als einmal die sozialistische Vergangenheit bemühen. Wir aber müssen versuchen, eine einigermaßen gerechte Zukunft zu gestalten!

Michael Borchert

Marzahn-Hellersdorf - Ort der Vielfalt

Am 28. Mai 2009 fand im Freizeitforum Marzahn die Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf statt.

In der mündlichen Berichterstattung des Bezirksamts präsentierte Jugendstadträtin Dr. Manuela Schmidt (DIE LINKE) den Verordneter eine Tafel, die den Bezirk als Ort der Vielfalt ausweist. Verliehen wurde sie dem Bezirk am 25. Mai 2009 im Rahmen einer bundesweiten Aktion. Insgesamt wurden mehr als 90 Kommunen als Orte der Vielfalt ausgezeichnet.

Norbert Lüdtkke, Stadtrat für ökologische Stadtentwicklung (DIE LINKE), informierte über den Fortgang der Baumaßnahmen am Springpfuhlpark. Im Zuge von Wegebauarbeiten mussten dort eine Reihe von Bäumen gefällt werden, was zu Kritik von Bürgern und Anwohnern geführt hat. Gefällt würden schnell wachsende Gehölze wie Pappeln und Ahornbäume, um anderen Baumarten Platz zu machen. Im Zuge der Vorbereitungen der anstehenden Wegearbeiten müssten weiter 15 Pappeln weichen. Die Bestimmung zum Natur- und Vogelschutz werden jedoch eingehalten - zum Teil seien deshalb Fällungen bis zum Ende der Brutzeit ausgesetzt worden, so Lüdtkke.

Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU) überbrachte den Verordneten eine gute Nachricht: Künftig wird es ein Schild auf der Autobahn geben, das auf die Gärten der Welt als touristische Sehenswürdigkeit hinweist.

Finanzstadtrat Stefan Komoß (SPD) informierte über den Eckwertebeschluss des Bezirksamts für den Haushaltsplan 2010/2011. Im Zuge der Beratungen zwischen den Abtei-

lungen sei es gelungen, das ausgewiesene Defizit von 16,6 Mio. Euro auf 11,3 Mio. Euro zu reduzieren.

Die Beschlussfassung überhaupt möglich machen allerdings erst zwei Verstöße gegen die Vorgaben der Senatsfinanzverwaltung. So sei der Fehlbedarf in Form einer Pauschalen Mehreinnahme eingestellt worden und das bezirkliche Konsolidierungskonzept ausgesetzt worden.

Komoß sprach deshalb von einem „Signal bezirklicher Verzweigung“. Ein solches Signal wird allerdings von allen Berliner Bezirken gleichermaßen ausgesendet - alle Bezirke weisen Deckungslücken von ca. 7-30 Mio. Euro auf, insgesamt ist eine Summe von 142 Mio. Euro erforderlich, um den Aufgabenbestand auf dem Niveau von 2008 zu finanzieren. Die dringliche Vorlage wurde zur Beratung in den Hauptausschuss überwiesen.

Überwiesen wurde auch eine dringliche Vorlage, die die Nichteinrichtung von 7. Klassen für die Dahlmann Schule vorsieht. Die Linksfraktion hatte diesen Schritt im Rahmen der Integration der Sonderschulen zuvor mehrfach kritisiert, da sie eine Verschlechterung der Förderbedingungen für die Schülerinnen und Schüler befürchtet. Die Debatte dazu wird im Juni im Fachausschuss fortgesetzt werden.

Torsten Kläring

Zu Thema Bezirksfinanzen äußert sich auch Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle. Siehe Seite 1 dieser Ausgabe.

Spätaussiedler und Russlanddeutsche bereichern unseren Bezirk!

In unserem Bezirk leben weit über zwanzigtausend Menschen, die als Deutsche aus Russland und anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind. Sie bereichern mit ihrer Kultur, ihren Erfahrungen und ihren Potentialen das Leben in Marzahn-Hellersdorf. Der Alltag zeigt, dass vielen Marzahn-Hellersdorfern die Geschichte der Russlanddeutschen nicht bekannt ist. Diese mangelnden Kenntnisse über die Geschichte der Einwanderer erschweren die Integration und Akzeptanz der Einwanderer. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, auf der Grundlage einer existierenden Wanderausstellung „Das gebrochene Schweigen“ des Vereins Lyra e.V. eine ständige Ausstellung über die Geschichte der Russlanddeutschen in Marzahn-Hellersdorf zu zeigen. Eine solche Ausstellung setzt sich zugleich mit den Repressionen gegenüber Russlanddeutschen während der Zeit des Stalinismus auseinander.

Mit der Auseinandersetzung der Geschichte der Russlanddeutschen kann in Schulklassen und in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen des Bezirkes das Verständnis für die Geschichte und Kultur der Zuwanderer gestärkt werden.

Mit der Ausstellung bekennt sich der Bezirk zu seinen Zuwanderern und deren Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Ich danke zugleich dem Verein Lyra e.V. und dessen Vorsitzendem Viktor Fromm für das Engagement und die bekundete Bereitschaft, an einer ständigen Ausstellung mitzuarbeiten.

Klaus-Jürgen Dahler

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

• Der Bezirksvorstand hat sich ausführlich mit dem Parteiaustritt des Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Carl Wechselberg befasst. Wir bedauern, dass er die wiederholten Gesprächsangebote nicht wahrgenommen hat. So wie viele unserer Mitglieder hat uns im Vorstand das Verhältnis zwischen Wähler und Abgeordneten beschäftigt, das hier einer Klärung bedarf. Die BO 63 hat ihre Auffassung in einem Brief an Carl Wechselberg und Bernd Preußner hat seine Sicht in einem Schreiben an den Landesvorstand geäußert. Von Befremden reden unsere Mitglieder, von Empörung, von Unverständnis – Carl Wechselberg, für den sie sich engagiert haben als es um seine Wahl ging, der viel von seiner Verantwortung als Abgeordneter redet, der aber jetzt nicht den Weg zu ihnen als den Wählern findet. Der Bezirksvorstand wird seine Position formulieren.

• Siedlungsgebiete als Politikfeld. Straßenausbaubeitragsgesetz, die Verkehrsbelastung an der Köpenicker Straße, die Kosten- und Gebührenerfassung, die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe, die Kooperation mit dem VDBG – alles Worte, die ein beachtliches Stück Politik in sich bergen. Die Bürgerinnen und Bürger in der Köpenicker Straße in Biesdorf, in der Chemnitzer Straße in Kaulsdorf und am Hultschiner Damm in Mahlsdorf sind vom quälenden Verkehr betroffen. Unsere politische Verantwortung liegt im Suchen nach den günstigsten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger. Schon

seit Jahren gibt es immer wieder Bemühungen, dem in der Parteienarbeit zu entsprechen. Nunmehr hat sich im Sinne des Beschlusses der Hauptversammlung eine „Arbeitsgruppe Siedlungsgebiete“ konstituiert; das ist anerkennenswert. Am 28. April 2009 haben Eberhard Roloff, Joachim Hundt, Lore Heldt und Horst Waldt im Bezirksvorstand ihre Ideen vorgetragen. Die Arbeitsgruppe hat sich regelmäßig getroffen und versucht, Aufgabengebiete zu definieren.

Als schwierig erweist es sich, die Akteure zu finden, die die politischen Initiativen im Siedlungsgebiet absichern. Als richtige Schritte haben sich solche Veranstaltungen wie die in Mahlsdorf Nord zur Abwasserproblematik erwiesen, an deren Zustandekommen Eberhard Roloff großen Anteil hatte.

Das Leben der Arbeitsgruppe schließt die Kooperation mit unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus ein und erfordert, dass die LINKE-Fraktion in der BVV ihre Verantwortung wahrnimmt. Ich glaube, dass Kontakte zu den Gruppen „Bürgerhaushalt“ wichtig für das Leben der Arbeitsgruppe Siedlungsgebiete ist.

Norbert Seichter hat übernommen, mit Klaus Lederer und mit Uwe Doering über eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem VDBG zu sprechen.

In der nächsten monatlichen Sprecherberatung werden wir besonders aus den Bereichen Marzahn-Süd und Friedrichsfelde-Ost um das Mitwirken in der Arbeitsgruppe Siedlungsgebiete werben.

• Das Wahlbüro leistet eine zuverlässige Arbeit und tagt das nächste mal am 17. Juni. Schwierig ist es mit der Standardarbeit.

Die Plakatierung zu den Europawahlen ist zuverlässig erfolgt. Zur Bundestagswahl wird eine wesentlich größere Zahl von Plakaten gehängt.

Im Bezirksvorstand gab es eine Information über die Wahlwerbung in regionalen Zeitungen (½ Seite in „Die Hellersdorfer“).

Wilfried Maier

Erklärung des Bezirksvorstands

Der Bezirksvorstand Marzahn-Hellersdorf hat sich mit der Situation, die durch den Parteiaustritt von Carl Wechselberg entstanden ist, befasst. Wir bedauern Carls Entscheidung und teilen seine in den Medien veröffentlichte Sicht auf unsere Partei nicht. In vorangegangenen Gesprächen hatten wir vereinbart, gemeinsam im Bezirksvorstand über unsere Verantwortung für Rot-Rot und darüber, wie die Arbeit im Wahlkreis weitergeführt wird, zu beraten. Carl hat uns mitgeteilt, dass er die Beratung mit uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch hält. Das akzeptieren wir nicht. In einem Brief haben wir ihn aufgefordert, unser Angebot zum Gespräch anzunehmen. Der Bezirksvorstand wird seine Verantwortung für die Stabilität unserer Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und damit für Rot-Rot wahrnehmen. Wir erwarten von Carl, dass er sich der Diskussion mit uns stellt und seiner Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern in Marzahn-Hellersdorf gerecht wird.

Kindergesundheit und Kinderschutz stärken! Ein Gesetz soll dabei helfen.

Eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern wächst unter Lebensumständen auf, die für eine gesunde Entwicklung unzutrefflich sind. Immer wieder ist die Politik gefordert, darüber nachzudenken, wie die Risikofaktoren für Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch von Kindern minimiert werden können.

Nach vielen Diskussionen auf Bundes- und Landesebene und unter Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung hat die Senatsverwaltung für Gesundheit nunmehr den Entwurf für ein „Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes“ vorgelegt. Dieses Gesetz soll vor allem dazu

beitragen, die Anzahl der Kinder, die an den Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen, zu erhöhen. Die frühe Erkennung von Erkrankungen und Entwicklungsauffälligkeiten ist die Voraussetzung, um sie schneller und wirksamer behandeln und so den Kindern optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Die gegenwärtige Teilnahme an den Früherken-

nungsuntersuchungen ist sehr unterschiedlich. Während die Neugeborenen bis zu einem Monat nach der Geburt fast vollständig erfasst werden (ca. 98 %), nehmen Kinder im vierten Lebensjahr nur noch ca. 85 % an den Untersuchungen teil. Die Statistik belegt: Je

älter die Kinder werden, desto niedriger ist die Teilnahme. Zum Zeitpunkt der Einschulung haben gegenwärtig nur ca. drei von vier Berliner Kindern ein vollständig ausgefülltes Untersuchungsheft.

In Berlin wird durch gezielte Beratung der Eltern versucht, die Teilnahmequoten zu erhöhen. Aktionen, wie die auch in Marzahn-Hellersdorf durchge-

führte „Ich geh’ zur U – und Du?“, zeigen zwar Wirkung, aber noch immer werden nicht alle Kinder erreicht. Mit dem Gesetzentwurf sollen Eltern, die die Untersuchungen nicht wahrnehmen, erfasst und mit ihren Kindern zu diesen eingeladen werden. Man hofft, damit alle Kinder zwischen dem 3. Lebensmonat und dem Einschulungsalter zu erreichen.

Eine hohe Beteiligung zu sichern, dient in erster Linie der Gesundheitsvorsorge. Doch das Gesetz zielt auch darauf ab, durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitswesen und dem Jugendbereich das Berliner Netzwerk Kinderschutz zu stärken. Über die gesetzlichen Vorsorgeuntersuchungen können Eltern früh erreicht und informiert, beraten und mit konkreten Angeboten unterstützt werden, wenn Risikofaktoren für eine gute und gesunde Entwicklung des Kindes sichtbar werden. Das Gesetz kann und soll damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Kinderschutzfällen leisten und Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch entgegenwirken.

In ersten Reaktionen wurde der vorliegende Gesetzentwurf von den Bezirken und von den Wohlfahrtsverbänden begrüßt. Zurzeit wird er in den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses beraten. Unsere Fraktion und die von der zuständigen Senatorin Dr. Katrin Lompscher (DIE LINKE) geführte Senatsverwaltung beteiligen sich sehr engagiert daran, denn wir brauchen dieses Gesetz. Und wir brauchen es in guter Qualität, möglichst rasch.

Dr. Margrit Barth (MdB)

Kinder- und familienpolitische Sprecherin

Untersuchungstermine (U1 - U9)

| | |
|-----|---------------------------------|
| U1 | Neugeborenen – Erstuntersuchung |
| U2 | 3. – 10. Lebensstag |
| U3 | 4. – 5. Lebenswoche |
| U4 | 3. – 4. Lebensmonat |
| U5 | 6. – 7. Lebensmonat |
| U6 | 10. – 12. Lebensmonat |
| U7 | 21. – 24. Lebensmonat |
| U7a | 34. – 36. Lebensmonat |
| U8 | 46. – 48. Lebensmonat |
| U9 | 60. – 64. Lebensmonat |

Wasungen an der Werra

Am ersten Wochenende im April rollte ein linkslastiger Bus von der Wuhle an die Werra. Wir kannten uns alle oder lernten uns kennen. Eigentliche Ursache ist die 2. Literaturreise der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf, für die ich vor Regina Kittler den Hut ziehen möchte und ein großes Dankeschön sagen.

Es war in der Tat ein ringsum anspruchsvolles Ziel, das sich Regina da gestellt hatte; literarische Grundlage der Fahrt war das Buch von Erika Maier „Einfach leben – hüben wie drüben“ vom Dietz-Verlag Berlin. Auf 218 Seiten findet man dort die Gesprächsniederschriften mit zwölf mal zwei Bürgern aus Ost und West, immer zwei Personen gleichen Berufs; die Ärztin aus Meiningen und Augsburg, die Architektin aus Marzahn (die übrigens Karin Koven heißt und Mitglied der LINKEN ist) und die Architektin aus Kreuzberg, den Offizier der NVA und der Bundeswehr usw. Erika erzählte im Bus über ihre Motive für das Buchprojekt: der Geringschätzung der Ostbiographien, die in dieser Bundesrepublik immer noch zweiter Klasse sind, entgegenzutreten. Deshalb auch der Titel: „Hüben wie drüben“. Das beste Argument dabei sollte das ganz normale Leben der Menschen sein. Und so liest sie im Bus Auszüge von der Ärztin aus Meiningen und Augsburg, von der Bäuerin aus Thüringen und der Bäuerin aus Nordrhein-Westfalen. Und erzählt davon, wie freundlich ihre Buch-Lesungen hier im Osten aufgenommen werden. Wasungen bietet uns, der Gruppe LINKER aus Marzahn-Hellersdorf, eine kulturvolle Ortsbesichtigung, bevor der Wasunger Bürgermeister Manfred Koch, der dieses Amt viele Jahre in der DDR ausübte und jetzt mit dem „verdächtigen“ Ergebnis von 97,3 % wieder

gewählt worden ist, und der frühere Bürgermeister aus der Partnerstadt aus Ostheim, Hans Hartmann, ihre Texte aus dem Buch lesen. Es war eine wundervolle Atmosphäre, mit vielen Fragen und Bemerkungen, das Dankeschön von beiden Seiten war wirklich ehrlich.

Die Übernachtung hatte Regina in einem Öko-Hof organisiert, für mich ein Anlass, das ganze Vorhaben mit der Note 1 zu versehen. Nun bin ich gespannt, wohin die 3. Literaturreise geht; ich bin auf jeden Fall mit von der Partie!

Brigitte Schmidt

Aus den Siedlungsgebieten Siedlungszentren und Einzelhandel weiter entwickeln!

Die LINKE spricht sich in ihren kommunalpolitischen Zielsetzungen für die Verbesserung der Nahversorgung der Bevölkerung in den Siedlungsgebieten aus. Zu deren Umsetzung wurde durch das Bezirksamt ein Zentren- und Einzelhandelskonzept erarbeitet. Die BVV hat dieses Konzept diskutiert und davon abgeleitet eine sektorale Bereichsentwicklungsplanung beschlossen.

Die Ausstattungs-dichte mit Einzelhandel in den Siedlungsgebieten unterscheidet sich erheblich von der Großsiedlung, was in erster Linie auf die geringe Bevölkerungsdichte zurückzuführen ist. In Biesdorf dominiert das im Entwicklungsgebiet Biesdorf-Süd geplante und errichtete Biesdorf Center die

Nahversorgung des Ortsteils. Zugleich ist die Entwicklung des Nahversorgungszentrums Cecilienstraße fortzusetzen, in der Köpenicker Straße südlich des Balzerplatzes ein Frischemarkt anzusiedeln und in der Marzahner Chaussee ein Nahversor-

gungsangebot zu schaffen. In Kaulsdorf ist die planungsrechtliche Sicherung des Nahversorgungszentrums am S-Bahnhof Kaulsdorf gesichert und wird die schwach ausgeprägte Nahversorgung südlich der Heerstraße in Kaulsdorf Süd weiter



ausbaut werden. Längs der Chemnitzstraße haben sich mehrere Einzelhandelsstandorte angesiedelt. Hier ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung und Interessenabwägung zur Entwicklung des Standortes Kaulsdorf-Süd im Kontakt mit den Anwohnern weiterzuführen. Nördlich und überwiegend südlich des S-Bahnhofes Mahlsdorf hat sich ein über lange Jahre gewachsenes Ortsteilzentrum herausgebildet. Dieses wird in den kommenden Jahren zwischen der Hönower Straße und Straße an der Schule ergänzt werden.

Erhebliches Ergänzungspotential besteht zwischen dem Hultschiner Damm, Friedensstraße und der Bezirksgrenze in Mahlsdorf-Süd. Wir unterstützen die Planungen am Hultschiner Damm/ Bergerdorfer Straße für einen Frischemarkt und am Standort Hultschiner Damm/Roderstraße für die Errichtung eines Discounters. Die Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben ist immer dann gegeben, wenn sie der unmittelbaren Nahversorgung dienen. Wir wollen mit unseren Planungsansätzen dazu beitragen, dass sich die Wege so verkürzen, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner ihre Versorgung ortsnah sichern können.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Politische Bildung: Ernst Engelberg - Ein Jahrhunderthistoriker

Am 12. Mai versammelten sich zahlreiche Interessierte im KulturGut Marzahn, um von Prof. Dr. Mario Keßler mehr über einen Historiker zu erfahren, der einer breiten Öffentlichkeit „nur“ als herausragender Bismarck-Biograph bekannt ist. Der Titel der Veranstaltung ist mehrdeutig: Ernst Engelberg wurde am 5. April 100 Jahre alt, sein Forschungsgebiet umfasste vor allem das „lange 19. Jahrhundert“, und von seiner Art gibt es nur wenige in einem Jahrhundert! Selbstredend sprach Mario Keßler auch über die 1985 und 1990 in beiden Deutschlands als Sensation aufgenommene Biographie Bismarcks, aber ebenso brachte er den Hörern den politischen Menschen Engelberg nahe, den Kommunisten, tätigen Antifaschisten, der ganz bewusst die DDR als Lebens- und Arbeitsort gewählt hatte, wie er in seiner Lebensbilanz 1993 betonte. Nach Zuchthausaufenthalt 1934/35, Flucht ins Exil, erkämpfter Rückkehr 1947 in die

Sowjetische Besatzungszone (SBZ), war Engelberg ein streitbarer Pionier einer marxistischen Geschichtswissenschaft, bis 1960 an der Leipziger Universität, danach als Direktor des neu geschaffenen Instituts für Deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften und in kämpferischer Auseinandersetzung mit der westdeutschen Historiographie. Neben dem 19. Jahrhundert galt sein Forschungsinteresse der Formations- und Revolutionsanalyse, dem Verhältnis von Theorie, Empirie und Methode. Mit diesen Arbeiten griff er immer wieder in Grundlagendebatten der Geschichtswissenschaft ein. Daraus ging u. a., zusammen mit einem seiner zahlreichen Schüler, Wolfgang Küttler, 1980 ein Sammelband hervor, dessen provozierendste These lautete, der Geschichtsprozess sei offen. Es muss nicht betont werden, dass sich dem äußerst anregenden Vortrag eine lebhaft diskutierte Diskussion anschloss, getragen vor allem von Zeitzeugen. **Dr. Ingrid Matsch**

Streik an der Alice-Salomon-Hochschule beschlossen

Aktionen für freie Bildung auch in Hellersdorf

Es ist geschafft! Der Streik an der ASH ist beschlossene Sache. Rund 200 Studierende haben auf der Vollversammlung am 29. April 2009 für die aktive Beteiligung an der Bildungsstreikwoche gestimmt. Jetzt geht es an die konkrete Planung. In einer Pressemitteilung dazu heißt es:

Am Mittwoch, dem 29.4.2009, trafen sich im Rahmen einer Vollversammlung über 200 StudentInnen im Audimax der ASH. Thema dieser VV war der anstehende bundesweite Bildungsstreik im Juni dieses Jahres. Drei ReferentInnen schilderten ihre Erfahrungen und Meinungen zum Umbau im Bildungswesen, bevor eine Diskussion über die aktuellen Studienbedingungen an der ASH, in Berlin und in Deutschland und wie diesen begegnet werden sollte entstand.

Die Studierenden äußerten ihren Unmut über fehlende Freiheiten in der Studiengestaltung, autoritäre Verhältnisse an den Hochschulen, Leistungsdruck für Studierende und Lehrende und weitere Einschnitte im Rahmen des Bologna-Prozesses.

Somit verwundert es nicht, dass sich die Studierenden mit überwältigender Mehrheit für die Teilnahme am Bildungsstreik 2009 entschieden. Das Studienparlament begrüßte ebenso wie der Allgemeine Studierendenausschuss das nahezu einstimmige Votum und ist zuversichtlich, dass der Bildungsstreik 2009 auch an der ASH ein voller Erfolg wird.

Nun gelte es, sich mit den anderen Betroffenen der unsäglichen Umstrukturierungsmaßnahmen im Bildungswesen wie SchülerInnen aber auch Lehrenden in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus zu vernetzen, meinte einer der Referenten.

Im Rahmen des Protests vom 15.-19.6.2009 sollen vielfältige Aktionen, wie Vorlesungen im öffentlichen Raum, u.a. in Hellersdorf stattfinden, um zumindest in dieser Woche die eigenen Vorstellungen von einem erstrebenswerten Studium zu leben. Zu den alternativen Veranstaltungen und zur weiteren Vorbereitung sind alle Interessierten natürlich herzlich eingeladen!

P wie Protektionismus

In der derzeitigen Wirtschaftskrise werden die Rettungspakete für bestimmte Unternehmen innerhalb der EU zunehmend als protektionistisch empfunden. Schließlich ist es auch logisch, dass staatliche Unterstützung den Menschen im jeweiligen Land zugute kommen soll. Die Rettungsaktion für Opel sorgt für Verstimmung bei einigen europäischen Freundinnen. Im Gegenzug regen sich Leute in Deutschland und anderen Ländern über die Hilfen für französische Autokonzerne auf.

Der Zwiespalt – auf der einen Seite Verärgerung über Rettungspläne anderer Staaten, auf der anderen Seite eigene Rettungspakete für einheimische Unternehmen – wirkt besonders absurd, wenn mensch sich einmal den EU-Protektionismus nach außen betrachtet. Obwohl mittlerweile allen klar geworden ist, dass dies die Entwicklung ärmerer Länder hemmt, besteht die Europäische Union weiterhin auf erheblichen Einfuhrzöllen, was Produkte aus diesen Ländern bis zur Konkurrenzunfähigkeit verteuert. Um der weltweiten Krise entgegenzuwirken, wäre die Abschaffung dieser Maßnahme eine wirkungsvolle und nachhaltige Entscheidung.

Innerhalb der EU sollten gemeinschaftliche, aufeinander abgestimmte Maßnahmen durchgeführt werden, damit alle EU-Bürgerinnen gleichermaßen davon profitieren. Es geht darum, dass es uns alle etwas angeht, wenn Opel Menschen entlassen muss, sei es in Belgien, Deutschland oder Polen.

Bei all der Aufregung um die Rettung einiger Unternehmen geriet jedoch die Frage nach der Agrarpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten außer Acht. Hier wird seit Jahrzehnten eine Branche subventioniert, die mit dieser Organisationsform sonst einfach nicht mehr funktionieren würde. Zusätzlich werden so hohe Produktionsmengen vorgeschrieben, dass die Preise fallen und folglich die Einnahmen der Betriebe ihre Ausgaben nicht mehr decken.

Christian Schwinge



Aufruf in eigener Sache

Nach nunmehr fast zwei Jahren „Jugendseite“ in „Marzahn-Hellersdorf links“ ist es für uns an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Ziel soll sein, herauszufinden, wie unsere Seite ankommt und was wir bei zukünftigen Veränderungen beachten sollten. Hierfür rufen wir dazu auf, uns Meinungen und Kommentare, Lob und Kritik an unserer Seite

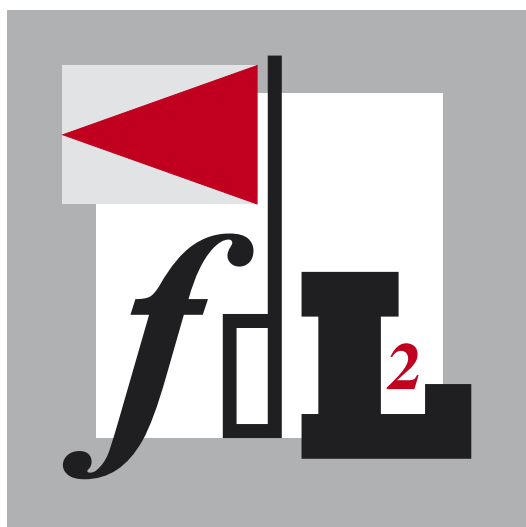
mitzuteilen. Einfach einen Brief oder eine E-Mail an die Redaktion schicken (Kontakt: siehe Impressum, letzte Seite) oder direkt an uns. Alle Einsendungen werden in unsere Zwischenbilanz einfließen. Eine Auswertung dieser werden wir in einer der nächsten Ausgaben vornehmen.

Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

Veranstaltungen

» **10.6., 19 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, Petra Pau lädt ein zur **Veranstaltungsreihe „Eintrage des anderen Last“** mit Lutz Stückrath, Schauspieler, Kabarettist, Autor, und Vanessa Maurischat, Sängerin und Liedermacherin

» **19.6., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Unternehmerfrühstück**, Petra Pau, Dagmar Pohle und das LINKE Wirtschaftsforum Marzahn-Hellersdorf laden Unternehmerinnen und Unternehmer zur Diskussion ein, Gast: Edgar Most



Nicht vergessen: Vom 12. - 14. Juni lädt DIE LINKE zu ihrem 2. Fest der LINKEN ein.
Treffpunkt: Berlin, Kulturbrauerei
50. ND-Pressfest • Konzerte • Politik • Lesungen
• Theater • Party • Kinderfest

Weitere Infos:

http://die-linke.de/politik/aktuell/fest_der_linken/

Hinten links

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte seit Dezember 2007 wiederholt: Nur gesetzliche Mindeststandards sind Rechtsgut! Die 27 EuGH-Richter stellten mehrfach klar: Als ungesetzlich gelten in der Europäischen Union Streiks gegen Standortverlagerungen, Arbeitskampf gegen Lohndumping sowie Tariftreuerregelungen. Indessen verkaufen deutsche Gewerkschaftsfunktionäre in Schlichtung erreichte Tarifabschlüsse als Erfolge:

„Die Schere zwischen Ost und West“ sei „nicht weiter aufgegangen!“ Im Klartext heißt OST-WEST-Angleichung u. a. im Bauhauptgewerbe: Der Ecklohn klappt für weitere zwei Jahre um 1,68 EUR auseinander! Für Ostdeutschland entfällt noch zum 1. September der Mindestlohn 2. Dann haben Facharbeiter keinen Anspruch mehr auf mindestens 12,55 EUR – sondern eben wie Ungelernte auf 9,25 EUR (brutto) je Stunde.

Frage

Der Osten kämpft nicht – vermutlich, weil es ihm richtig gut geht nach 20 Jahren im kapitalistischen System – zu gut? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **9.6. und 23.6.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » **1.7.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » **1.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » **2.7.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26
- » **2.7.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

- » **4.6., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**
- » **23.6., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

- » **8.6., 9 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)**, Diskussion zum Thema „Verbraucherschutz – was geht mich das an?“, Stadtteilzentrum MOSAIK, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin
- » **8.6., 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » **16.6., 18.30 - 20 Uhr**, **Wolfgang Brauer (MdB)**, **Petra Wermke (BVV-Vorsteherin)**, Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin
- » **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Termin bitte unter Telefon 99289380 erfragen
- » **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Einwohnerversammlung

» **24.6., 19.00 Uhr**, **Einwohnerversammlung** für Marzahn-Mitte in der Virchow-Oberschule, Glambecker Ring 90, 12679 Berlin (Veranstaltung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf)

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
 (fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

| | |
|------------|-------------|
| Montag | 13 - 17 Uhr |
| Dienstag | 9 - 17 Uhr |
| Donnerstag | 9 - 19 Uhr |
| Freitag | 9 - 15 Uhr |

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
 fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 2.6.2009. Auslieferung ab: 3.6.2009. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 2. Juli 2009 (für Juli und August) und am 3.9.2009.